



Niederschrift

über die

Sitzung des Gemeinderates

Datum: 4. Juli 2023
Uhrzeit: 19:30 Uhr - 21:15 Uhr
Ort: im Vereinsheim Humbach
Schriftführer/in: Katharina Laß

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Hauser Josef
Zweiter Bürgermeister	Huber Anton
Dritter Bürgermeister	Kranz Thomas
Gemeinderat	Bachmeier Thomas
Gemeinderätin	Disl Elisabeth
Gemeinderat	Fuchs Bernhard
Gemeinderat	Gams Matthias
Gemeinderätin	Grimm Ingrid
Gemeinderat	Gröbmaier Ludwig
Gemeinderat	Häsch Michael
Gemeinderat	Heuschneider Florian
Gemeinderat	Huber Xaver
Gemeinderat	Kanzler Hubert
Gemeinderat	März Karl Johann
Gemeinderat	Pertold Jakob
Gemeinderat	Prömmer Hubert
Gemeinderätin	Spindler Maria
Gemeinderat	Suttner Hans Benno
Gemeinderätin	Wimmer Teresa

Entschuldigt:

Gemeinderat	Pallauf Martin
Gemeinderat	Raßhofer Rudolf

1. Aktuelles
- 1.1 Quartalsbericht I / 2023
2. Genehmigung der öffentlichen Sitzungsniederschrift vom 06.06.2023
3. Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte
4. Mobilfunkausbau: Vorstellung der Gutachten für die Suchgebiete Ascholding und Emmerkofen
5. Korrektur der Gebührensatzung vom 01.09.2023 und Erhöhung der monatlichen Essenspauschale
6. 23. Änderungs des Flächennutzungsplans im Bereich Humbach - Abwägungsbeschlüsse und Feststellungsbeschluss
7. Entwicklungssatzung Humbach - Abwägungsbeschlüsse und Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Ascholding Nr. 13 "Nahversorger und soziale Einrichtungen", 2. Änderung - Aufstellungsbeschluss
9. Anträge auf ein Bauleitverfahren in Lochen für die Fl.-Nr. 1165 und 1175 Gemarkung Linden
10. Annahme von Spenden 2023 (3)
11. Antworten zu Fragen aus dem Gremium
12. Sonstiges

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Der Vorsitzende eröffnete um 19:30 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Mit der vorgelegten Tagesordnung besteht Einverständnis.

1.	Aktuelles
-----------	------------------

Sachverhalt:

- Im kommenden Jahr findet das 40-jährige Jubiläum der Partnerschaft zwischen Dietramszell und Baignes statt. Dazu werden Vertreter aus Dietramszell in der Zeit vom 24.-29.05.24 nach Baignes fahren und dort einen Maibaum aufstellen. Der Termin wird nochmals an die Gemeinderäte verschickt mit der Bitte um Rückmeldung, ob sie teilnehmen möchten.
- Erster Bürgermeister Hauser berichtet anhand von Bildern über folgende Themen:
 - Eine Brücke in Bairawies wurde beschädigt.
 - Im Rahmen der Dorferneuerung sollen in dieser Woche die Pflasterarbeiten am Dorfplatz fertiggestellt werden. Der Eingangsbereich vom Rathaus konnte noch nicht vollständig gepflastert werden, da das Material nicht lieferbar war. Hier geht es voraussichtlich in der kommenden Woche weiter.
 - Für die Entwässerung der Lindener Straße (zum Anschluss des Baugebietes Lochen West) wurden die Schächte im Privatgrund aufgedeckt. Da damit feststeht, dass die bestehende Entwässerung ausreicht müssen keine neuen Rigolen gebaut werden.
 - Die FFW Dietramszell rückte zu einem Scheunenbrand in der Münchner Straße aus und konnte ein Übergreifen der Flammen auf das Haupthaus verhindern.
 - Der aktuelle Stand der Bauarbeiten beim neuen FFW-Haus in Ascholding wird erläutert.
 - Der aktuelle Stand der Arbeiten beim neuen Gemeinschaftshaus in Linden wird gezeigt.
 - Beim Kindergarten in Ascholding wird der Stand der Umbauarbeiten für die neue dritte Kindergartengruppe erläutert.
 - Der Anschluss für die PV-Anlage auf dem Hackschnitzelstadl an der Kläranlage wurde hergestellt.
 - Der Werkraum im C-Bau der Schule ist fertig und wird nun wieder eingeräumt. Im Flur sind noch einige Kabelschächte zu verschließen, dann müssen noch die restlichen Malerarbeiten erledigt werden. Nach Montage der Mediensäulen in den Klassenzimmern ist die Sanierung dieses Bauabschnittes abgeschlossen.
 - In der Kurve der Auffahrt nach Kirchbichl sollen Rasengittersteine am Straßenrand verlegt und der Asphalt in Teilen erneuert werden.

- Die Sanierung der Eglinger Straße wird erläutert. Es soll nun noch die Feinschicht bis zur Brücke über den Dorfbach aufgebracht werden.
- Folgende Straßeneinläufe wurden hergestellt bzw. verlegt: in Bairawies, in Obermühltal, an der Straße von Großeglsee nach Thankirchen (wo es letztes Jahr zu einem Schaden an einem Auto kam).
- Beim Radweg in Einöd ist eine Schadstelle zu entfernen, weil sich die Fahrbahn abgesenkt hat.
- Der Geschäftsleiter Herr Donner wurde verabschiedet.
- In Bairawies und in Manhartshofen kam es zu zwei Wasserrohrbrüchen, die behoben werden mussten.
- In Bairawies gab es einen Wiesenbrand, der durch mehrere Feuerwehren und von den angrenzenden Bauern gelöscht werden konnte.

1.1	Quartalsbericht I / 2023
------------	--------------------------

Sachverhalt:

Die Verwaltung legt den Quartalsbericht II / 2023 vor.

Hierbei wird über die Entwicklung der Gewerbesteuer- und Einkommenssteuereinnahmen, den Schuldenstand, Höhe der Rücklagen, Anzahl der Bauleitverfahren und Bauanträgen, die Einwohnerzahlen, Zu- und Wegzüge, Geburten und Sterbefälle, Belegung der Kindergärten, Pegelstände und Entnahmemengen der beiden Wasserbrunnen berichtet.

2.	Genehmigung der öffentlichen Sitzungsniederschrift vom 06.06.2023
-----------	---

Beschluss 1:

Die öffentliche Sitzungsniederschrift vom 06.06.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

3.	Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte
-----------	---

Sachverhalt:

Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sobald die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind Art. 52 Abs. 3 GO. Diese sind aus der nichtöffentlichen GR-Sitzung am 02.05.2023:

TOP N 3.1 Auftragsvergabe: Beschaffung von Ersatz-Atemschutzausrüstung für die Gemeindefeuerwehren

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Atemschutzausrüstung für die Gemeindefeuerwehren über 14.481,68 € (brutto) an die Firma Stirner GmbH, Hauptstraße 23, 84567 Perach zu vergeben und beauftragt den federführenden Kommandanten Fabian Fiegler damit, alle notwendigen Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

TOP N 3.2 Auftragsvergabe: Beschaffung von Schutzkleidung für die Gemeindefeuerwehren

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für 35 Schutzkleidungsgarnituren für die Gemeindefeuerwehren über 34.279,20 € (brutto) an die Firma Stirner GmbH, Hauptstraße 23, 84567 zu vergeben und beauftragt den federführenden Kommandanten Fabian Fiegler damit, alle notwendigen Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

TOP N 3.3 Auftragsvergabe: Anschaffung einer Funkausrüstung für das neue Feuerwehrfahrzeug Gerätewagen-Logistik 2 für die Feuerwehr Dietramszell

Der Gemeinderat beauftragt den federführenden Kommandanten der Gemeinde Dietramszell, Fabian Fiegler, die Beschaffung der Funkausrüstung für das Feuerwehrfahrzeug GW-L2 durchzuführen und der Firma Abel & Käußl den Auftrag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

TOP N 3.4 Auftragsvergabe: Stromlieferung für die Stromabnahmestellen der Gemeinde Dietramszell für den Zeitraum von 01.06.2023 bis 31.12.2024

Der Gemeinderat stimmt nachträglich der Auftragsvergabe für die Strombelieferung der Abnahmestellen der Gemeinde Dietramszell, für den Zeitraum vom 01.06.2023 bis 31.12.2024, zum vorliegenden Angebot an die Energie Südbayern GmbH zu.

TOP N 3.6 Auftragsvergaben; Neubau eines Gemeinschaftshauses der Schützen Linden - Lochen; Aufzugsarbeiten

Der Gemeinderat beschließt den Auftrag, über die Lieferung und Montage einer Schachtaufzugs – Anlage, am Gemeinschaftshaus der Schützen Linden – Lochen, zum Angebotspreis von 31.902,12 €, an die Firma Riedl, aus Feldkirchen bei München zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

4.	Mobilfunkausbau: Vorstellung der Gutachten für die Suchgebiete Ascholding und Emmerkofen
----	--

Sachverhalt:

In der GR-Sitzung am 02.05.2023 wurde folgendes vorgetragen:

Das Ingenieurbüro Ulrich wurde gem. GR-Beschluss vom 05.04.2022 mit der Standort-suche von Mobilfunkmasten in den Suchkreisen Peretshofen, Ascholding und Hechen-berg beauftragt. Im Laufe des Jahres 2022 wurde anstatt Ascholding der Suchkreis Emmerkofen genommen, da zunächst eine weitere Suche in Ascholding sich erledigt hatte. In der GR-Sitzung am 13.09.2022 informierte die Verwaltung, dass die Standort-suche in Ascholding wieder aufgenommen wurde.

Für die Suchkreise Ascholding und Emmerkofen legt das Ingenieurbüro Ulrich das Gutachten vor.

In der Sitzung wurde beschlossen, dass zunächst im Rahmen einer öffentlichen Infor-mationsveranstaltung am 21.06.2023 beim Holzwirt in Ascholding die beiden Gutachten vorgestellt werden. Die Vorstellung hat stattgefunden. In der Sitzung wird Herr Ulrich das Gutachten, im Rahmen einer Onlinezuschaltung, kurz nochmal erläutern.

Damit den Netzbetreibern das Ergebnis mitgeteilt werden kann, ist hierüber ein Be-schluss zu fassen.

Diskussionsverlauf:

MGR X. Huber erkundigt sich, ob man die Pachtzeit des Vertrages auch auf z.B. 20 Jahre begrenzen könnte. Herr Ulrich erläutert, dass dies möglich ist, die Entscheidung jedoch beim Netzbetreiber liegt.

Herr Kaspar Miller jun.fragt, ob ein Glasfaserausbau nicht sinnvoller als der Mobilfunk wäre. Herr Ulrich bejaht, dass paralell zum Ausbaus des Moblivunks auch der Ausbau eines Leistungsfähigen Glasfaseranschluss voran getrieben werden muss, weil über das Festnetz ein Vielfaches an Datenmengen von den Nutzern abgerufen wird. Da ein Funkmasten an ein Leistungsfähiges Glasfasernetz angeschlossen sein muss, ist bei dem notwendigen Anschluss eines Mastens von Synergieeffekten auszugehen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat nimmt das Gutachten für den Suchkreis Dietramszell-**Ascholding** zur Kenntnis und beschließt dem Netzbetreiber den Standort A 25 (FINr. 488/487) zur Nutzung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

Beschluss 2:

Der Gemeinderat nimmt das Gutachten für den Suchkreis Dietramszell-**Emmerkofen** zur Kenntnis und beschließt dem Netzbetreiber den Standort A 09 (FI.Nr. 366/1) zur Nutzung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

5.	Korrektur der Gebührensatzung vom 01.09.2023 und Erhöhung der monatlichen Essenspauschale
-----------	---

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 02.03.2021 wurde eine Umlegung der Gebühren zum 01.09.2021 auf elf statt 12 Monate beschlossen. Im Zuge der Gebührenerhöhung ab September 2023, hat die zuständige Fachaufsicht die Gebühren überprüft und ist zu der Einschätzung gekommen, dass sich in der Kalkulation ein Softwarefehler befunden hat. Ein Euro des staatlichen Beitragszuschusses in Höhe von 1200 € jährlich, wurde nicht berücksichtigt. Dieser ist für das Jahr 2022 an 63 Familien aus Linden, 48 Familien aus Ascholding und 76 Familien aus Dietramszell, gesamt 187 €, rückwirkend auszusahlen, da er unrechtmäßig einbehalten wurde. Damit ist der förderrelevante Schaden geheilt. Zukünftig empfiehlt die Fachaufsicht des Landratsamtes Bad Tölz Wolfratshausen, nach Prüfung durch einen Juristen, die Gebühren für mehr Transparenz umzustellen und den Zuschuss von 109,10 € monatlich bei 11 Monate jährlich im Nachhinein in Abzug zu bringen (vgl. S. Porsch & Berwanger (2022) „*Bayerisches Kinderbildungs- und betreuungsrecht*“, S. 172, Boorberg Verlag). Daher ist eine Erhöhung der Gebühren um 9,10 € monatlich zur beschlossenen Satzung aus der Gemeinderatssitzung vom 07.02.2023 notwendig. Der Abzug beträgt dann jedoch 109,10 € monatlich statt 100 €, sodass es nach Abzug des Beitragszuschusses zu keiner weiteren Erhöhung der Gebühren kommt.

Die Gemeinschaftsverpflegung Asenbrunner hat die Gemeinde per Schreiben von April 2023 über eine ab September erforderliche Preiserhöhung von 0,20 € pro Essen in Kenntnis gesetzt. Die Preise in der Nebenabsprache zum Mittagessen sind entsprechend anzupassen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten:	187 €
Haushaltsstelle:	4640/4641/4642 – 13100

4640/4641/4642 – 58200

Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt:

Verwaltungshaushalt

Mittel stehen zur Verfügung:

Ja/Nein

Deckungsvorschlag:

Anpassung Essensgebühren deckungs-
gleich

Pflicht- oder freiwillige Aufgabe: Pflicht

Beschluss 1:

a) Der Gemeinderat beschließt folgende:



GEBÜHRENSATZUNG

Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Besuch der gemeindlichen Kindertagesstätten (Kindertagesstättenge- bührensatzung) vom 01.09.2023

Auf Grund der Art. 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt die Gemeinde Dietramszell folgende Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Besuch der gemeindlichen Kindertagesstätten.

§ 1

Gebührenerhebung

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung der Kindertagesstätten Benutzungsgebühren.

§ 2

Gebührensschuldner

Gebührensschuldner sind die Personensorgeberechtigten des Kindes, das die Kindertagesstätte besucht. Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3

Gebührentatbestand

b) Benutzungsgebühren werden für 11 Monate für den regelmäßigen Besuch der Kindertagesstätte erhoben. Der August ist beitragsfrei.

- c) Die Gebührenpflicht besteht im Fall einer vorübergehenden Erkrankung, Urlaub oder sonstiger Abwesenheit fort. Eine Ausnahme besteht, wenn das Kind wegen der Erkrankung aus der Kindertagesstätte entlassen wird.
- d) Die Gebührenpflicht entfällt für das restliche Jahr, wenn Kinder gegenüber der Kindertagesstättenleitung schriftlich abgemeldet werden. Die Abmeldung wird jedoch erst nach Ablauf einer Kündigungszeit von 4 Wochen zum Monatsende wirksam.

§ 4

Höhe der Gebühr

(1) Die Gebühr beträgt monatlich (11 Monate) für die

- a) Kinder der Kinderkrippe (1 bis 3 Jahre)

Mehr als 3 bis einschl. 4 Std. täglich	300,00 €
Mehr als 4 bis einschl. 5 Std. täglich	330,00 €
Mehr als 5 bis einschl. 6 Std. täglich	360,00 €
Mehr als 6 bis einschl. 7 Std. täglich	390,00 €
Mehr als 7 bis einschl. 8 Std. täglich	420,00 €
Mehr als 8 bis einschl. 9 Std. täglich	450,00 €

In den Gebühren sind 6,00 € Spielgeld sowie 4,00 € Getränkegeld enthalten.

Vollendet das Kinderkrippenkind während des Kinderkrippenjahres das 3. Lebensjahr, dann wird ab dem nächsten Monat die Gebühr für ein Kindergartenkind erhoben, ohne zwingend die Gruppe zu wechseln

- b) Kinder der Kindergärten

Mehr als 4 bis einschl. 5 Std. täglich	149,10 €
Mehr als 5 bis einschl. 6 Std. täglich	164,10 €
Mehr als 6 bis einschl. 7 Std. täglich	179,10 €
Mehr als 7 bis einschl. 8 Std. täglich	194,10 €
Mehr als 8 bis einschl. 9 Std. täglich	209,10 €

In den Gebühren sind 6,00 € Spielgeld sowie 4,00 € Getränkegeld enthalten.

- c) Die Kosten für die 11 monatige Essenspauschale werden gemäß der gültigen Preisliste, welche in Form der Nebenabsprache zum Mittagessen mit dem Betreuungsvertrag ausgehändigt wird, weitergegeben.
- d) Kurzzeitbuchungen (Zeitraum mind. 15 Tage bis max. 3 Monate) für Kinder mit Wohnsitz innerhalb von Bayern werden gemäß den oben erhobenen Gebühren abgerechnet. Für Kinder mit Wohnsitz außerhalb von Bayern, fällt zusätzlich eine Betreuungspauschale in Höhe von 30 € / Monat an. Bei Kurzzeitbuchungen werden mind. 1 Monat, max. 3 Monate abgerechnet.
- e) Bei Umbuchungen der täglichen Betreuungszeit unter dem laufenden Kindertagesstättenjahr wird eine Gebühr von 10,00 € erhoben. Ein Wechsel der Betreuungsbuchung zu Beginn des neuen Kindertagesstättenjahres ist kostenfrei.

Sonstige Abweichungen von der Gebührensatzung oder Sonderbuchungszeiten müssen mit der Einrichtungsleitung besprochen und anschließend durch den Träger und Gemeinderat genehmigt werden.

§ 5

Gebührenermäßigung gemäß Freistaat Bayern

Für zuschussberechtigte Kinder wird der vom Freistaat Bayern zur Entlastung der Familie gewährte Zuschuss auf den Gebührensatz nach § 4 und § 6 angerechnet. **Dies entspricht bei 11 Monaten Beitragserhebung einem Zuschuss in Höhe von 109,10 € monatlich.** Die Anrechnung ist auf die Höhe der festgesetzten Gebühr begrenzt.

§ 6

Ermäßigung

- 1) Bei Familien mit mehreren Kindern wird ab dem 2. Kind die jeweilige Gebühr um 20,00 € ermäßigt.
- 2) Auf Antrag kann einkommensschwachen Familien und Alleinerziehende mit Kind (Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern) Ermäßigung bzw. Befreiung gewährt werden. Die Übernahme von Teilbeträgen oder der Kosten erfolgt ab Eingang der Antragstellung beim Amt für Jugend und Familie.

§ 7

Entstehen der Gebührenschuld, Fälligkeit

- 1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Aufnahme des Kindes in der Kindertagesstätte. Vorübergehende Abwesenheit lässt die Gebührenpflicht unberührt. Die Benutzungsgebühr ist auch für die Ferienzeit und bei behördlicher Schließung von weniger als einem Monat zu bezahlen.
- 2) Bei Aufnahme während des Betreuungsjahres entsteht die Gebührenpflicht zum Ersten des jeweiligen Aufnahmemonats. Die Gebühr für den Aufnahmemonat ist in voller Höhe bis spätestens zum Ersten des Folgemonats (zuzüglich der Gebühr für den Folgemonat) zu bezahlen.
- 3) Im Rahmen der schrittweisen Eingewöhnung kann eine stundenaufbauende und gestaffelte Aufnahme notwendig werden. Die Gebühren für den Monat der Eingewöhnung werden im vollen Umfang der regulär gewählten Buchungskategorie fällig, auch im Falle einer abgebrochenen Eingewöhnung.
- 4) Die Kindertagesstätte kann auf Anordnung vom Gesundheitsamt oder in Fällen von höherer Gewalt sofort oder aus anderen wichtigen Gründen nach mindesten acht wöchiger vorheriger Ankündigung geschlossen werden. In diesen Fällen haben die Personensorgeberechtigten keinen Anspruch auf Aufnahme des Kindes in eine andere Einrichtung oder auf Schadensersatz. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird den Personensorgeberechtigten für Ihre Kinder der Besuch einer anderen Einrichtung oder die Nutzung einer anderen Betreuungsform angeboten, wenn diese es wünschen.
- 5) Die Gebühr ist spätestens am 3. Werktag eines jeden Monats im Voraus zu bezahlen und wird im Lastschriftverfahren eingezogen.
- 6) Nimmt das Kind am Mittagessen teil, gilt folgendes:
 - a. Die Essensgebühr im Sinn von § 4 Buchstabe d) entsteht erstmals mit der Anmeldung zur Teilnahme am Essen, im Übrigen fortlaufend mit Beginn

des Monats, wenn nicht eine Abbestellung gemäß Absatz 3 Buchstabe b) erfolgt.

- b. Das Mittagessen kann nur im Voraus, gemäß gewählter Pauschale für einen Monat bestellt werden. Änderungen können nur berücksichtigt werden, wenn sie bis spätestens 2 Wochen vor Ende des Monats gemeldet werden. Bei Abwesenheiten des Kindes ab 2 Wochen am Stück kann das Essensgeld erstattet werden. Voraussetzung ist die rechtzeitige Abmeldung vom Essen 2 Wochen vor Beginn der Abwesenheit. In anderen Fällen muss die Essensgebühr bezahlt werden, auch wenn das Kind nicht am Essen teilgenommen hat. Die Essensgebühr wird monatlich im Voraus gemäß der gewählten Pauschale angerechnet.

§ 8

Auskunftspflichten

Die Gebührenschuldner sind verpflichtet, der Gemeinde die Gründe für die Höhe der maßgeblichen Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang der Veränderungen Auskunft zu erteilen. Dies gilt insbesondere, soweit Ermäßigungen beantragt wurden (§ 6).

§ 9

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.09.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 01.09.2021 außer Kraft.

Dietramszell, _____

GEMEINDE DIETRAMSZELL

Josef Hauser

1. Bürgermeister

- b) Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der monatlichen Essensgebühren zu:

Gemeinde Dietramszell

Kindertagesstätte

Ascholding / Dietramszell / Linden

Nebenabsprache zur Betreuungsvereinbarung

-Mittagessen-

.....

Name des Kindes

- Als Gebühr für das Mittagessen ist eine Monatspauschale, wählbar für 2, 3, 4, oder 5 Tage die Woche zu bezahlen. Die Essenspauschale entspricht dem jeweiligen Selbstkostenpreis der Gemeinde.
- Als Gebühren für das Mittagessen ist eine monatliche Pauschale für 11 Monate wie folgt zu bezahlen:

	Kinderkrippe	Kindergarten
5 Tage je Woche	82,00 €	88,00 €
4 Tage je Woche	71,00 €	76,00 €
3 Tage je Woche	56,00 €	61,00 €
2 Tage je Woche	42,00 €	45,00 €

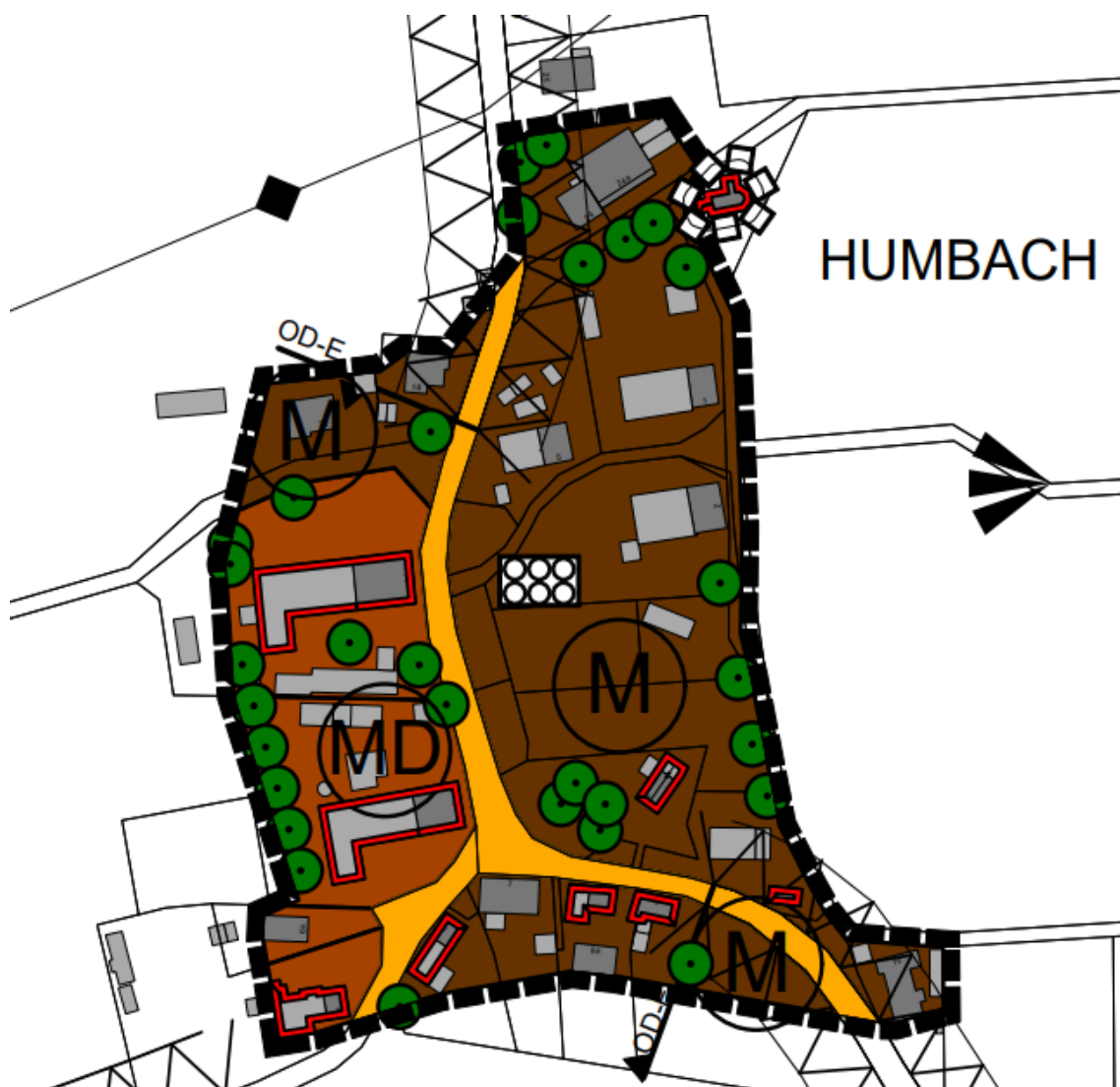
- Die Essensgebühr entsteht erstmals mit der Anmeldung zur Teilnahme am Essen, im Übrigen fortlaufend mit Beginn des Monats.
- Das Mittagessen kann nur im Voraus in Woche A (bis Freitag 12.00 Uhr), gemäß gewählter Pauschale, für die Wochen C und D storniert werden. Änderungen können erst ab einer Abwesenheit des Kindes von 2 Wochen am Stück (ohne Schließzeiten) berücksichtigt werden. In anderen Fällen muss die Essensgebühr bezahlt werden, auch wenn das Kind nicht am Essen teilgenommen hat (z.B. bei verspäteter Abmeldung in Woche B). Die Essensgebühr wird monatlich im Voraus gemäß gewählter Pauschale abgerechnet. Die Abmeldung des Essens hat schriftlich an die jeweilige E-Mail Adresse der Kindertagesstätte zu erfolgen. Mündliche Abmeldungen in der Gruppe können nicht berücksichtigt werden.
- Der Betrag für Essen wird von Ihrem Konto gemäß der uns vorliegenden Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat abgebucht.
- Eine Essensbuchung im Kindergarten ist erst ab einer täglichen Buchungszeit von mind. 5-6 Stunden möglich.

Unterschrift Erziehungsberechtigte

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

6.	23. Änderungs des Flächennutzungsplans im Bereich Humbach - Abwägungsbeschlüsse und Feststellungsbeschluss
----	--

Sachverhalt:



In seiner Sitzung am 04.04.2023 wurden die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB behandelt und abgewogen. Zugleich wurden die öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB der Planunterlagen in der Fassung vom 04.04.2023 beschlossen.

Gem. § 4a Abs. 2 BauGB wurden beide Verfahrensschritte zeitgleich in der Zeit vom 04.05.2023 bis 14.06.2023 durchgeführt. Für die Behandlung der Stellungnahmen im Gemeinderat werden folgende Beschlussvorschläge vorgelegt:

A. Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange

1. Zur Stellungnahme aufgeforderte Behörden und Träger öffentlicher Belange

1	Regierung von Oberbayern raumordnung.region17.18@reg-ob.bayern.de Alexander.Steinbach@reg-ob.bayern.de	30.05.2023
2	Planungsverband Region Oberland Region17@lra-toelz.de	31.05.2023

3	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, Abteilung 6 Gesundheitsamt G-Amt@lra-toelz.de	09.05.2023 + 31.05.2023
4	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 21 Planungsrecht Manuela.Gerg@lra-toelz.de kreisbauamt@lra-toelz.de	24.05.2023
5	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 22 Fachliche Ortsplanung, Kreisbauamt andreas.hainz@lra-toelz.de kreisbauamt@lra-toelz.de	01.06.2023
6	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 35 Umwelt und Immissions- schutzbehörde joern.sellmann@lra-toelz.de Umwelt@lra-toelz.de	10.05.2023
7	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, Untere Naturschutzbehörde joachim.kaschek@lra-toelz.de Umwelt@lra-toelz.de	13.06.2023
8	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, Kreisbrandrat kbr@lra-toelz.de	01.06.2023
9	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 31 Wasser und Boden thomas.schwaighofer@lra-toelz.de	11.05.2023
10	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung poststelle@adbv-wor.bayern.de	
11	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten poststelle@aelf-hk.bayern.de Albert.Rauch@aelf-hk.bayern.de Michael.Weyerer@aelf-hk.bayern.de	Forsten: 10.05.2023 Landwirtschaft: 19.05.2023
12	Amt für ländliche Entwicklung Oberbayern poststelle@ale-ob.bayern.de	
13	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege beteiligung@blfd.bayern.de	
14	Staatliches Bauamt Weilheim beteiligung@blfd.bayern.de	10.05.2023
15	Wasserwirtschaftsamt Weilheim poststelle@wwa-wm.bayern.de Dora.Schulze@wwa-wm.bayern.de	17.05.2023
16	Bayerischer Bauerverband, Kreisverband Bad Tölz – Wolfratshausen holzkirchen@bayerischerbauernverband.de	31.05.2023
17	Handwerkskammer für München und Oberbayern landespolitik@hwk-muenchen.de	09.06.2023
18	Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern bauleitplanung@muenchen.ihk.de	31.05.2023
19	Isartalverein, Verein zur Erhaltung der landschaftlichen Schönheit des Isartals info@isartalverein.de	14.06.2023
20	Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität info@landschaft-artenschutz.de	
21	Bunde Naturschutz Kreisgruppe Bad Tölz bad-toelz@bund-naturschutz.de	
22	Landesbund für Vogelschutz in Bayern, Bezirk Oberbayern oberbayern@lbv.de	
23	Bayernwerk AG Unterschleissheim@bayernwerk.de	
24	Bayernwerk Netz GmbH (Penzberg) bag-nc-penzberg@bayernwerk.de besimuenchen@bayernwerk.de	01.06.2023

25	Deutsche Post csq_pm_dpi_sued_team_pmc@dpdhl.com	
26	Deutsche Telekom Technik GmbH ti-nl-sued-pti-21-bauleitplanung@telekom.de	
27	Energie Südbayern GmbH andre.schwihele@esb.de	
28	Vodafone Kabel Deutschland GmbH koordinationsanfragen@kabeldeutschland.de	13.06.2023
29	Telefónica Germany GmbH & co. KG o2-mw-bimschq@telefonica.com	
30	Erzbistum München, Pastoralraumanalyse pastorale-planung@eomuc.de	25.05.2023
31	Stadt Bad Tölz fuerstberger@bad-toelz.de	04.05.2023 + 05.06.2023
32	Stadt Wolfratshausen info@wolfratshausen.de	07.06.2023
33	Stadt Geretsried stadtverwaltung@geretsried.de	23.05.2023
34	Gemeinde Sauerlach gemeinde.sauerlach@sauerlach.bayern.de	30.05.2023
35	Gemeinde Otterfing gemeinde@otterfing.de	08.05.2023
36	Gemeinde Egling gemeinde@egling.de	04.05.2023
37	Gemeinde Wackersberg info@wackersberg.de	08.05.2023
38	Gemeinde Sachsenkam info@vgreichersbeuern.de	
39	Gemeinde Königsdorf Jakobi@gemeinde-koenigsdorf.de	
40	Markt Holzkirchen gde-verwaltung@holzkirchen.de	01.06.2023
41	Feuerwehr des betroffenen Ortsteils	

2. Stellungnahmen ohne Äußerung, Einwände, Anregungen, Hinweise oder Bedenken

- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen, Bereich Forsten
(Schreiben vom 10.05.2023)
- Erzbischöfliches Ordinariat München
(Schreiben vom 25.05.2023)
- Gemeinde Egling
(Schreiben vom 04.05.2023)
- Gemeinde Otterfing
(Schreiben vom 08.05.2023)
- Gemeinde Sauerlach
(Schreiben vom 30.05.2023)
- Gemeinde Wackersberg

- (Schreiben vom 08.05.2023)
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
(Schreiben vom 31.05.2023)
 - IHK für München und Oberbayern
(Schreiben vom 31.05.2023)
 - Isartalverein e.V.
(Schreiben vom 14.06.2023)
 - Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Gesundheitsschutz
(Schreiben vom 09.05.2023 und 31.05.2023)
 - Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG21 Planungsrecht
(Schreiben vom 24.05.2023)
 - Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG24 Kreisbauamt
(Schreiben vom 01.06.2023)
 - Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG31 Bodenschutzrecht
(Schreiben vom 11.05.2023)
 - Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG35 Immissionsschutz
(Schreiben vom 10.05.2023)
 - Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Kreisbrandrat
(Schreiben vom 01.06.2023)
 - Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Untere Naturschutzbehörde
(Schreiben vom 13.06.2023)
 - Markt Holzkirchen
(Schreiben vom 01.06.2023)
 - Planungsverband Oberland
(Schreiben vom 31.05.2023)
 - Regierung von Oberbayern
(Schreiben vom 30.05.2023)
 - Staatliches Bauamt Weilheim
(Schreiben vom 10.05.2023)
 - Stadt Bad-Tölz
(Schreiben vom 04.06.2023 und 05.06.2023)
 - Stadt Geretsried
(Schreiben vom 23.05.2023)

- Stadt Wolfratshausen
(Schreiben vom 07.06.2023)
- Vodafone Deutschland GmbH
(Schreiben vom 13.06.2023)
- Wasserwirtschaftsamt Weilheim
(Schreiben vom 17.05.2023)

Abwägung:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass oben genannte Träger öffentlicher Belange und Behörden keine Einwände, Bedenken, Anregungen oder Hinweise zur gegenständlichen Planung vorzubringen haben bzw. in ihren Belangen nicht berührt sind.

3. Inhalt und Auswertung der abgegebenen Stellungnahmen mit Anregungen, Bedenken und Hinweisen

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landwirtschaft

(Schreiben 19.05.2023)

Zur 23. Änderung Flächennutzungsplan Bereich Humbach nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen, Bereich Landwirtschaft, als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB wie folgt

Stellung:

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen, Bereich Landwirtschaft, erhebt keine Einwendungen. Gleichwohl weisen wir darauf hin, dass bei der zukünftigen Schaffung von Wohnraum die berechtigten Belange angrenzender land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zu dulden sind.

Insbesondere weisen wir darauf hin, dass von landwirtschaftlichen Flächen auch bei ordnungsgerechter Bewirtschaftung von Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen auszugehen ist. Unter Umständen können diese auch an Sonn- und Feiertagen sowie vor 6:00 Uhr und nach 22:00 Uhr auftreten. Diese sind zu dulden. Anfahrtswege zu den Feldern sollen in den Bauphasen sowie danach für den landwirtschaftlichen Verkehr ohne Beeinträchtigungen befahrbar sein. Wir bitten Sie, den entsprechenden Passus in Hinweisen zu ergänzen.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. In der textlichen Begründung wird bereits auf die Duldung landwirtschaftlicher Immissionen hingewiesen. Die weiteren Hinweise sind auf nachgelagerter Planungsebene zu beachten. Im Rahmen der 23. Flächennutzungsplanänderung sind keine Änderungen oder Ergänzungen der Planunterlagen zu veranlassen.

Bayerischer Bauernverband, Geschäftsstelle Ebersberg-Holzkirchen

(Schreiben 31.05.2023)

Der Bayerische Bauernverband - Geschäftsstelle Ebersberg-Holzkirchen - gibt hiermit, als Träger Öffentlicher Belange folgende Stellungnahme ab:

Die Nutzung und Bewirtschaftung der mittelbar und unmittelbar angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen, Gebäude und Wege dürfen durch die geplante Entwicklung nicht beeinträchtigt werden. Die Bewirtschaftung muss - sofern erntebedingt erforderlich - zu jeder Tages- und Nachtzeit uneingeschränkt möglich sein.

Die Zufahrt zu angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen und Betrieben darf zu keinem Augenblick beeinträchtigt werden. Es ist bei der Vorhabens Planung und -durchführung einzurechnen, dass landwirtschaftliche Gespanne und Arbeitsgeräte immer ungehindert passieren können müssen. Die Parksituation ist im Vorfeld so zu planen, dass eine Mindestbreite von 3m stets beibehalten werden kann. Es muss daher dringend ein Parkverbot in den weiteren Planungen bedacht und festgesetzt werden.

Wir bitten Sie, o.g. Einwände bei der Planung und Durchführung des Projekts zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang weisen wir ausdrücklich auf die Einwendungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit der Bitte um Berücksichtigung hin.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise sind auf nachgelagerter Planungsebene zu beachten. Im Rahmen der 23. Flächennutzungsplanänderung sind keine Änderungen oder Ergänzungen der Planunterlagen zu veranlassen.

Bayernwerk Netz GmbH

(Schreiben 01.06.2023)

Gegen die o. g. Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Bei der Überprüfung der Planungsunterlagen haben wir festgestellt, dass eine 20-kV Freileitung und eine Transformatorenstation im Flächennutzungsplan fehlen. Beiliegend erhalten Sie einen Lageplan im Maßstab 1:5.000. Wir bitten Sie, die fehlenden Anlagen im Flächennutzungsplan zu ergänzen.

Der Schutzzonenbereich der 20-kV-Freileitungen beträgt in der Regel beiderseits zur Leitungssachse je 10 m für Einfachleitungen und je 15 m für Doppelleitungen. Aufgrund geänderter technischer Gegebenheiten können sich gegebenenfalls andere Schutzzonenbereiche ergeben. Hinsichtlich der, in den angegebenen Schutzzonenbereichen bestehenden, Bau- und Bepflanzungsbeschränkung machen wir darauf aufmerksam, dass Pläne für Bau- und Bepflanzungsvorhaben jeder Art uns rechtzeitig zur Stellungnahme vorzulegen sind. Dies gilt insbesondere für Straßen- und Wegebaumaßnahmen, Ver-

und Entsorgungsleitungen, Kiesabbau, Aufschüttungen, Freizeit- und Sportanlagen, Bade- und Fischgewässer und Aufforstungen.



Abwägung:

Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die Lage der 20 kV-Freileitung sowie der Transformatorstation wird nachrichtlich in die Plandarstellung übernommen.

B. Beteiligung der Öffentlichkeit

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Abwägung:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Beschluss 1:

1. Der Gemeinderat hat Kenntnis von der Durchführung der Verfahren gemäß § 4 a Abs. 2 BauGB i. V. m §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB und macht sich die Abwägungsvorschläge zu eigen. Die zur öffentlichen Auslegung bzw. zur Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß Abwägung behandelt.
2. Der Gemeinderat stellt die 23. Änderung des Flächennutzungsplans mit Begründung und Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 04.07.2023 fest.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die 23. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 04.07.2023 mit Begründung und Umweltbericht dem Landrats-

amt Bad Tölz – Wolfratshausen gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.

4. Vorbehaltlich der Genehmigungserteilung, wird die Verwaltung beauftragt die Genehmigung der 23. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich Humbach ortsüblich bekannt zu machen. Die 23. Änderung des Flächennutzungsplans wird mit Bekanntmachung wirksam (§ 6 Abs. 5 BauGB)

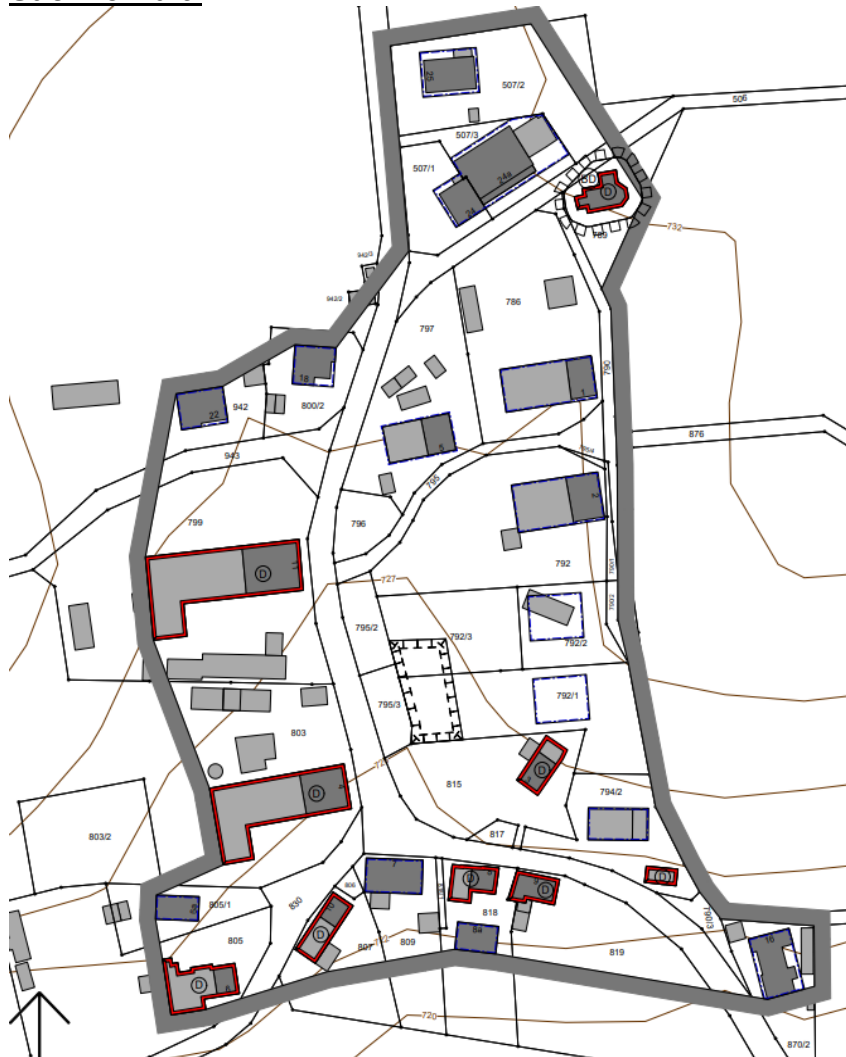
Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Abstimmungsbemerkung:

MGR Wimmer war kurzzeitig nicht im Raum.

7.	Entwicklungssatzung Humbach - Abwägungsbeschlüsse und Satzungsbeschluss
-----------	--

Sachverhalt:



In seiner Sitzung am 04.04.2023 wurde der Entwurf zur Entwicklungssatzung Humbach in der Fassung vom 04.04.2023 vom Gemeinderat gebilligt und die Öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB der Planunterlagen beschlossen.

Gem. § 4a Abs. 2 BauGB wurden beide Verfahrensschritte zeitgleich in der Zeit vom 04.05.2023 bis 14.06.2023 durchgeführt. Für die Behandlung der Stellungnahmen im Gemeinderat werden folgende Beschlussvorschläge vorgelegt:

A. Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange

1. Zur Stellungnahme aufgeforderte Behörden und Träger öffentlicher Belange

1	Regierung von Oberbayern raumordnung.region17.18@reg-ob.bayern.de Alexander.Steinbach@reg-ob.bayern.de	30.05.2023
2	Planungsverband Region Oberland Region17@lra-toelz.de	31.05.2023
3	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, Abteilung 6 Gesundheitsamt G-Amt@lra-toelz.de	
4	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 21 Planungsrecht Manuela.Gerg@lra-toelz.de kreisbauamt@lra-toelz.de	24.05.2023
5	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 22 Fachliche Ortsplanung, Kreisbauamt andreas.hainz@lra-toelz.de kreisbauamt@lra-toelz.de	01.06.2023
6	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 35 Umwelt und Immissions-schutzbehörde joern.sellmann@lra-toelz.de Umwelt@lra-toelz.de	10.05.2023
7	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, Untere Naturschutzbehörde joachim.kaschek@lra-toelz.de Umwelt@lra-toelz.de	13.06.2023
8	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, Kreisbrandrat kbr@lra-toelz.de	01.06.2023
9	Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 31 Wasser und Boden thomas.schwaighofer@lra-toelz.de	10.05.2023
10	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung poststelle@adbv-wor.bayern.de	
11	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten poststelle@aelf-hk.bayern.de Albert.Rauch@aelf-hk.bayern.de Michael.Weyerer@aelf-hk.bayern.de	Forsten: 10.05.2023 Landwirtschaft: 19.05.2023
12	Amt für ländliche Entwicklung Oberbayern poststelle@ale-ob.bayern.de	
13	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege beteiligung@blfd.bayern.de	

14	Staatliches Bauamt Weilheim beteiligung@blfd.bayern.de	10.05.2023
15	Wasserwirtschaftsamt Weilheim poststelle@wwa-wm.bayern.de Dora.Schulze@wwa-wm.bayern.de	26.05.2023
16	Bayerischer Bauerverband, Kreisverband Bad Tölz – Wolfratshausen holzkirchen@bayerischerbauernverband.de	
17	Handwerkskammer für München und Oberbayern landespolitik@hwk-muenchen.de	09.06.2023
18	Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern bauleitplanung@muenchen.ihk.de	31.05.2023
19	Isartalverein, Verein zur Erhaltung der landschaftlichen Schönheit des Isartals info@isartalverein.de	14.06.2023
20	Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität info@landschaft-artenschutz.de	
21	Bunde Naturschutz Kreisgruppe Bad Tölz bad-toelz@bund-naturschutz.de	
22	Landesbund für Vogelschutz in Bayern, Bezirk Oberbayern oberbayern@lbv.de	
23	Bayernwerk AG Unterschleissheim@bayernwerk.de	
24	Bayernwerk Netz GmbH (Penzberg) bag-nc-penzberg@bayernwerk.de besimuenchen@bayernwerk.de	09.05.2023
25	Deutsche Post csg_pm_dpi_sued_team_pmc@dpdhl.com	
26	Deutsche Telekom Technik GmbH ti-nl-sued-pti-21-bauleitplanung@telekom.de	
27	Energie Südbayern GmbH andre.schwihel@esb.de	
28	Vodafone Kabel Deutschland GmbH koordinationsanfragen@kabeldeutschland.de	13.06.2023
29	Telefónica Germany GmbH & co. KG o2-mw-bimschg@telefonica.com	
30	Erzbistum München, Pastoraleraumanalyse pastorale-planung@eomuc.de	25.05.2023
31	Stadt Bad Tölz fuerstberger@bad-toelz.de	04.05.2023 + 05.06.2023
32	Stadt Wolfratshausen info@wolfratshausen.de	07.06.2023
33	Stadt Geretsried stadtverwaltung@geretsried.de	23.05.2023
34	Gemeinde Sauerlach gemeinde.sauerlach@sauerlach.bayern.de	30.05.2023
35	Gemeinde Otterfing gemeinde@otterfing.de	08.05.2023
36	Gemeinde Egling gemeinde@egling.de	04.05.2023
37	Gemeinde Wackersberg info@wackersberg.de	08.05.2023
38	Gemeinde Sachsenkam info@vgreichersbeuern.de	
39	Gemeinde Königsdorf Jakobi@gemeinde-koenigsdorf.de	

40	Markt Holzkirchen gde-verwaltung@holzkirchen.de	01.06.2023
41	Feuerwehr des betroffenen Ortsteils	

2. Stellungnahmen ohne Äußerungen, Einwände, Anregungen, Hinweise oder Bedenken

- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen, Bereich Forsten
(Schreiben vom 10.05.2023)
- Bayernwerk Netz GmbH
(Schreiben vom 03.05.2023)
- Erzbischöfliches Ordinariat München
(Schreiben vom 25.05.2023)
- Gemeinde Egling
(Schreiben vom 04.05.2023)
- Gemeinde Otterfing
(Schreiben vom 08.05.2023)
- Gemeinde Sauerlach
(Schreiben vom 30.05.2023)
- Gemeinde Wackersberg
(Schreiben vom 08.05.2023)
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
(Schreiben vom 09.06.2023)
- IHK für München und Oberbayern
(Schreiben vom 31.05.2023)
- Isartalverein e.V.
(Schreiben vom 14.06.2023)
- Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG21 Planungsrecht
(Schreiben vom 24.05.2023)
- Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG24 Kreisbauamt
(Schreiben vom 01.06.2023)
- Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG31 Bodenschutzrecht
(Schreiben vom 11.05.2023)

- Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, SG35 Immissionsschutz
(Schreiben vom 10.05.2023)
- Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Kreisbrandrat
(Schreiben vom 01.06.2023)
- Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Untere Naturschutzbehörde
(Schreiben vom 13.06.2023)
- Markt Holzkirchen
(Schreiben vom 01.06.2023)
- Planungsverband Oberland
(Schreiben vom 31.05.2023)
- Regierung von Oberbayern
(Schreiben vom 30.05.2023)
- Staatliches Bauamt Weilheim
(Schreiben vom 10.05.2023)
- Stadt Bad-Tölz
(Schreiben vom 04.06.2023 und 05.06.2023)
- Stadt Geretsried
(Schreiben vom 23.05.2023)
- Stadt Wolfratshausen
(Schreiben vom 07.06.2023)
- Vodafone Deutschland GmbH
(Schreiben vom 13.06.2023)

Abwägung:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass oben genannte Träger öffentlicher Belange und Behörden keine Einwände, Bedenken, Anregungen oder Hinweise zur gegenständlichen Planung vorzubringen haben bzw. in ihren Belangen nicht berührt sind.

2. Inhalt und Auswertung der abgegebenen Stellungnahmen mit Anregungen, Bedenken und Hinweisen

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft

(Schreiben 19.05.2023)

Zur o.g. Entwicklungssatzung „Humbach“ nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft

und Forsten Holzkirchen, Bereich Landwirtschaft, als Träger öffentlicher Belange gem. 8 4 Abs. 2 BauGB wie folgt Stellung:

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen, Bereich Landwirtschaft, erhebt keine Einwendungen gegen die Entwicklungssatzung. Gleichwohl weisen wir darauf hin, dass bei der zukünftigen Schaffung von Wohnraum die berechtigten Belange angrenzender land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zu dulden sind.

Insbesondere weisen wir darauf hin, dass von landwirtschaftlichen Flächen auch bei ordnungsgerechter Bewirtschaftung von Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen auszugehen ist. Unter Umständen können diese auch an Sonn- und Feiertagen sowie vor 6:00 Uhr und nach 22:00 Uhr auftreten. Diese sind zu dulden. Anfahrtswege zu den Feldern sollen in den Bauphasen sowie danach für den landwirtschaftlichen Verkehr ohne Beeinträchtigungen befahrbar sein.

Wir bitten Sie, den entsprechenden Passus in Hinweisen zu ergänzen. Bitte senden Sie uns das Protokoll über die Abwägung der landwirtschaftlichen Belange zu.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. In der textlichen Begründung wird bereits auf die Duldung landwirtschaftlicher Immissionen hingewiesen. Die weiteren Hinweise sind auf Ebene der Ausführungsplanung zu beachten. Im Entwurf der Entwicklungssatzung Humbach sind keine Änderungen oder Ergänzungen der Planunterlagen zu veranlassen.

Wasserwirtschaftsamt Weilheim

(Schreiben 26.05.2023)

Gegen die genannte Satzung der Gemeinde bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht Bedenken. Erläuterung hierzu entnehmen Sie bitte unserer Stellungnahme.

Wir bitten nach Abschluss des Verfahrens um eine Ausfertigung des rechtskräftigen Bebauungsplanes als PDF-Dokument zu übermitteln.

Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen erhält eine Kopie des Schreibens.

1. Rechtliche und fachliche Hinweise und Empfehlungen

Die Belange des Hochwasserschutzes und der -vorsorge, insbesondere die Vermeidung und Verringerung von Hochwasserschäden, sind in der Bauleitplanung zu berücksichtigen (§ 1 Abs. 6 Nr. 12, Abs. 7 BauGB). Das StMUV hat gemeinsam mit dem StMB eine Arbeitshilfe „Hochwasser- und Starkregenrisiken in der Bauleitplanung“ herausgegeben, wie die Kommunen dieser Verantwortung gerecht werden können und wie sie die Abwägung im Sinne des Risikogedankens und des Risikomanagements fehlerfrei ausüben können. Es wird empfohlen, eine Risikobeurteilung auf Grundlage dieser Ar-

1.1 Überflutungen infolge von Starkregen

Infolge von Starkregenereignissen kann es auch fernab von Gewässern zu Überflutungen kommen.

Die Gemeinde, sollte weitere Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 Buchst. c und d BauGB treffen, um die Schäden durch Überflutungen infolge von Starkregen zu minimieren.

Die Anwendung der gemeinsamen Arbeitshilfe „Hochwasser- und Starkregenrisiken in der Bauleitplanung“ von StMB und StMUV wird dringend empfohlen.

Vorschlag für Hinweise zum Plan:

„Schutz vor Überflutungen infolge von Starkregen:

Infolge von Starkregenereignissen können im Bereich des Bebauungsplans Überflutungen auftreten. Um Schäden zu vermeiden, sind bauliche Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die das Eindringen von oberflächlich abfließendem Wasser in Erd- und Kellergeschosse dauerhaft verhindert. Eine Sockelhöhe von mind. 25 cm über der Fahrbahnoberkante wird empfohlen. Kellerfenster sowie Kellereingangstüren sollten wasserdicht und/oder mit Aufkantung, z.B. vor Lichtschächten, ausgeführt werden.“

1.2 Abwasserentsorgung

1.2.1 Häusliches Schmutzwasser

In Humbach ist für die Einleitung von Abwasser kein geeigneter Vorfluter vorhanden. Bei der hier vorgesehenen dezentralen Abwasserbeseitigung mit Kleinkläranlagen handelt es sich daher um eine räumliche Häufung von Einleitstellen in den Untergrund (Versickerung). Zur Minimierung einer zusätzlichen Grundwasserbelastung durch Stickstoff (Nitrat) dürfen hier nur Kleinkläranlagen eingesetzt werden, die zugelassen sind für die Reinigungsklasse D (Denitrifikation).

Die Behandlung von häuslichem Schmutzwasser in dezentralen Anlagen (Kleinkläranlagen) ist zudem nur zulässig, wenn ein gemeindliches Abwasserbeseitigungskonzept vorliegt. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist bevor der Bebauungsplan rechtskräftig erlassen wird, entsprechend fortzuschreiben.

1.2.2 Niederschlagswasser

Gemäß § 55 Abs. 2 WHG soll Niederschlagswasser ortsnah versickert werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften oder was-

serwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Im Geltungsbereich der Satzung sind keine geeigneten Oberflächengewässer zur Einleitung des Niederschlagswassers.

Vorschlag für Hinweise zum Plan:

„Grundsätzlich ist für eine gezielte Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser oder eine Einleitung in oberirdische Gewässer (Gewässerbenutzungen) eine wasserrechtliche Erlaubnis durch die Kreisverwaltungsbehörde erforderlich. Hierauf kann verzichtet werden bei Einleitung in das Grundwasser (Versickerung) die Voraussetzungen der erlaubnisfreien Benutzung im Sinne der NWFreiV (Niederschlagswasserfreistellungsverordnung) mit TRENGW (Technische Regeln für das zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser) erfüllt sind.“

2. Zusammenfassung

Die geäußerten Bedenken können zurückgenommen werden, wenn die Gemeinde das Abwasserbeseitigungskonzept fortschreibt.

Abwägung

Der Hinweis unter Punkt 1.1 wird redaktionell in der textlichen Begründung ergänzt.

Zu Punkt 1.2.1

Die Entwicklungssatzung schafft noch kein Baurecht. Die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben richtet sich nach Inkrafttreten der Satzung nach § 34 BauGB. Gemäß § 34 Abs. 1 BauGB sind Vorhaben nur zulässig, wenn u.a. die Erschließung gesichert ist. Dies ist im Bauantrag nachzuweisen.

Zu Punkt 1.2.2

Der Hinweis wird redaktionell in der textlichen Begründung ergänzt.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und gemäß Abwägungsergebnis berücksichtigt. Es erfolgt eine redaktionelle Ergänzung der textlichen Begründung.

B. Beteiligung der Öffentlichkeit

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Abwägung:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Beschluss 1:

1. Der Gemeinderat hat Kenntnis von der Durchführung der Verfahren gemäß § 4 a Abs. 2 BauGB i. V. m §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB und macht sich die Abwägungsvorschläge zu eigen. Die zur öffentlichen Auslegung bzw. zur Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß Abwägung behandelt.
2. Der Gemeinderat beschließt die vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München gefertigte und gemäß Abwägungsbeschlüssen redaktionell ergänzte Entwicklungssatzung Humbach in der Fassung vom 04.07.2023 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB als Satzung
3. Die Verwaltung wird beauftragt den Beschluss des Gemeinderats ortsüblich bekannt zu machen. Die Entwicklungssatzung Humbach tritt mit seiner Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB)

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

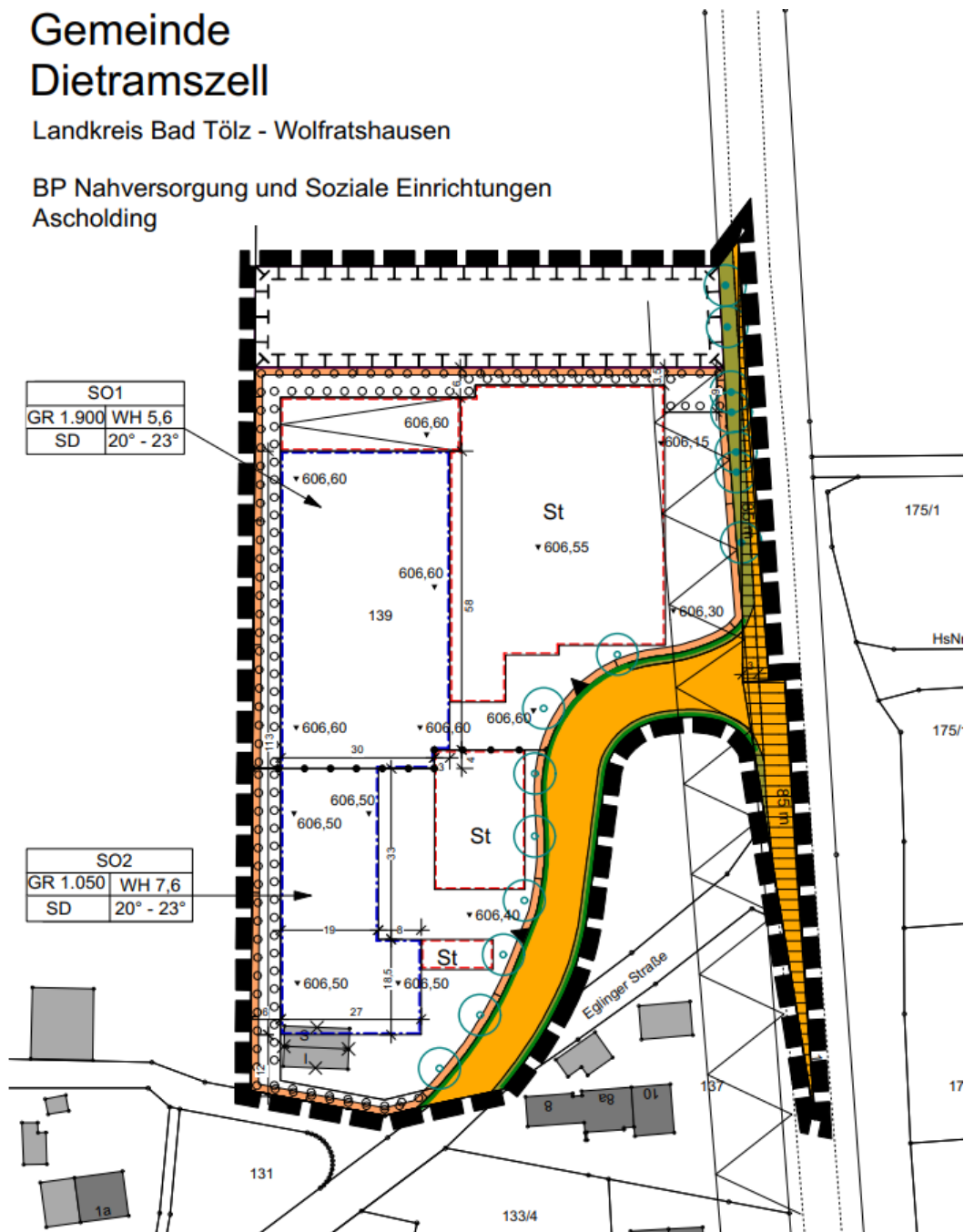
8.	Bebauungsplan Ascholding Nr. 13 "Nahversorger und soziale Einrichtungen", 2. Änderung - Aufstellungsbeschluss
----	---

Sachverhalt:

Gemeinde Dietramszell

Landkreis Bad Tölz - Wolfratshausen

BP Nahversorgung und Soziale Einrichtungen
Ascholding



Am 14.06.2023 ist bei der Gemeinde ein Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Ascholding Nr. 13 „Nahversorgung und soziale Einrichtungen“ von Herrn Kaspar März-Kastenmüller eingegangen.

Antrag Herr März-Kastenmüller

Beantragt wird die zulässige Nutzung im Teilbereich 2 des festgesetzten Sondergebiets zu erweitern. Im untergeordneten Ausmaß sollen Verkaufsflächen zu gelassen werden um die Räumlichkeiten des Gebäudes optimal ausnutzen zu können. Im aktuell rechts-

kräftigen Bebauungsplan beschränkt sich die Nutzung der Räumlichkeiten ausschließlich auf Büronutzung und für Nutzungen gem. § 13 BauNVO sowie Einrichtungen für soziale Zwecke. Auch nach intensiver Suche konnten nicht für alle Räumlichkeiten Mieter gefunden werden die mit der zulässigen Nutzung in Einklang stehen, jedoch besteht Interesse die Räumlichkeiten als Verkaufsfläche nutzen zu wollen, weshalb die Erweiterung/ Änderung der zulässigen Nutzung beantragt wird. Die Kosten werden vom Antragsteller getragen.

Einschätzung der Bauverwaltung und des Kreisbauamtes

Zulässige Nutzung

Durch Aufstellung des Bebauungsplans sollte neben der Nahversorgung im Ortsteil A-scholding auch die soziale und medizinische Infrastruktur erweitert und gesichert werden. Der rechtsgültige Bebauungsplan setzt ein sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO fest, das in zwei Bereich unterteilt ist. Im nördlichen Teilbereich SO1 ist nur der Betrieb eines Einzelhandels mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 qm einschließlich Komplementärnutzung wie Bäckerei, Café oder Metzgerei zulässig. Südlich davon, im SO2, sind ausschließlich Gebäude und Räume für Büronutzungen und für Nutzungen gem. § 13 BauNVO sowie Einrichtungen für soziale Zwecke zulässig. Das städtebauliche Konzept sieht hier einen Kindergarten sowie Arztpraxen vor. Zur Auslegung von Büronutzung kann die Definition des Bürogebäudes in den §§ 4a, 6 und 8 BauNVO herangezogen werden. Demnach dient ein Bürogebäude zur Aufnahme von Räumen für den Betrieb von Banken, Versicherungsunternehmen, von Ausstellungsräumen, Werbe- Nachrichten- und Reiseagenturen, von Büro und Praxisräumen für alle freien Berufe gem. §13 BauNVO wie Ärzte, Rechtsanwälte, Handelsvertreter, Makler, beratende Berufe aller Art, Sitz von Fachverbänden und Handelsorganisationen sowie Konsulaten und Einrichtungen der Verwaltung. Eine Ausnahme nach § 31 Abs. 1 BauGB kommt hier nicht in Betracht, da diese im Bebauungsplan ausdrücklich vorgesehen sein muss. Eine Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB kommt hier auch nicht in Betracht, da eine Befreiung nur erteilt werden kann wenn

1. Die Grundzüge der Planung nicht berührt sind
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit es fordern
3. Die Abweichung städtebaulich vertretbar ist
4. Die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde

Da der Gebietscharakter regelmäßig einen Grundzug der Planungs darstellt ist eine Änderung der zulässigen Nutzung über ein Änderungsverfahren nach dem BauGB die einzige Möglichkeit die Räumlichkeiten auch als Ladenfläche nutzen zu können.

Verfahren

Die Erweiterung der Nutzung stellt eine Maßnahme der Innenentwicklung dar, das Verfahren kann somit im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

Planungsbüro

Von der Bauverwaltung wurde beim Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München ein Angebot für die Planleistungen angefragt. Der Planungsverband hat bereits die Aufstellung und das 1. Änderungsverfahren zum Bebauungsplan Nr. 13 „Nahversorgung und soziale Einrichtungen“ bearbeitet. Eine Einarbeitung in die Grundzüge des Bebauungsplans ist daher nicht notwendig und Kosten für die 2. Änderung fallen etwas geringer aus.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten: 3.000,00 €

Haushaltsstelle: 6100.60001

Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt: Verwaltungshaushalt

Mittel stehen zur Verfügung: Ja

Deckungsvorschlag:

Pflicht- oder freiwillige Aufgabe: Freiwillige Aufgabe

Die Plankosten werden nach Abschluss des Bauleitverfahrens an den Antragssteller weiterverrechnet. Die Übernahme der Kosten wird über einen städtebaulichen Vertrag geregelt.

Beschluss 1:

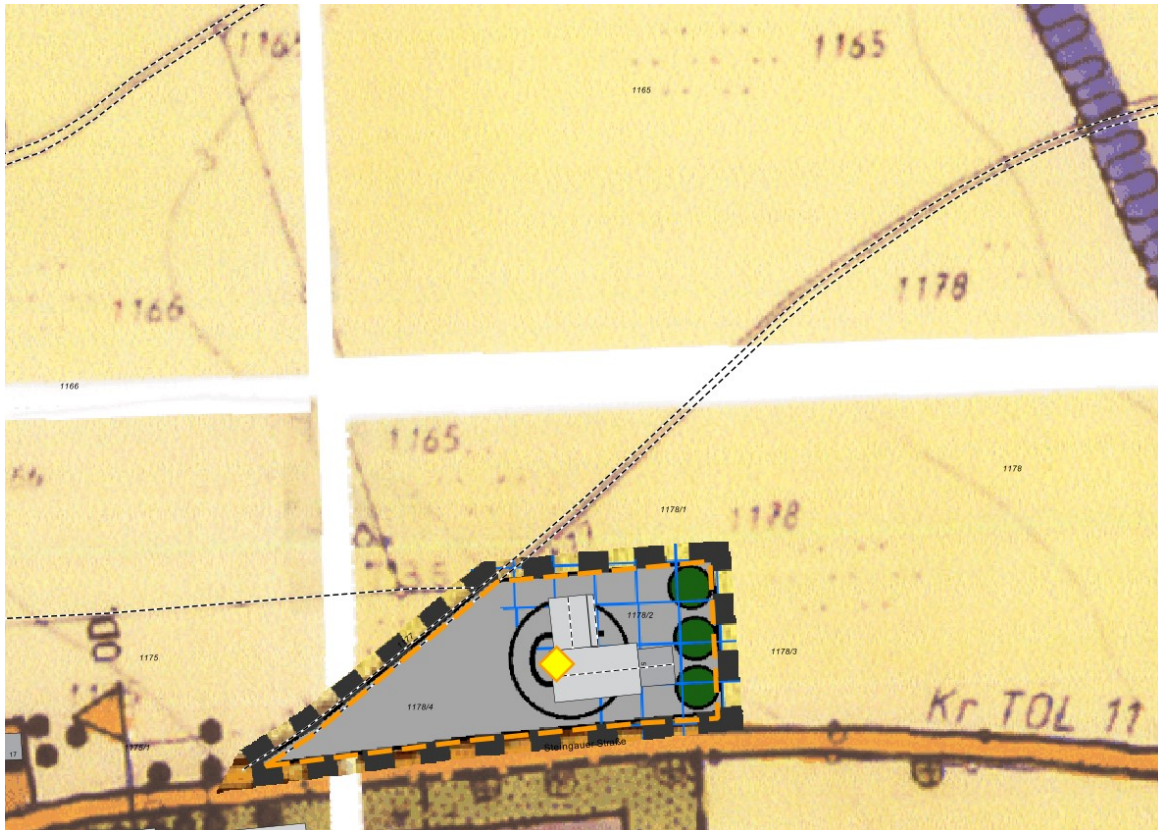
1. Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans Ascholding Nr. 13 „Nahversorger und soziale Einrichtungen“. Die Änderung umfasst die Erweiterung der zulässigen Nutzung im Teilbereich 2 des festgesetzten Sondergebiets. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt den Beschluss des Gemeinderats öffentlich bekannt zu geben.
3. Der Gemeinderat beauftragt den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München mit der Ausführung der Planleistungen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden städtebaulichen Vertrag mit dem Antragsteller abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

9.	Anträge auf ein Bauleitverfahren in Lochen für die Fl.-Nr. 1165 und 1175 Gemarkung Linden
----	---

Sachverhalt:





Am 20. Juni 2023 sind bei der Gemeinde zwei Anträge für ein Bauleitverfahren von Herrn Thomas und Frau Anette Kreitmair eingegangen. Aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung und des daher eingehenden größeren Platzbedarfs wurden die Anträge zur Betriebserweiterung und -sicherung gestellt.

Antrag Bebauungsplan

Beantragt wird die Neuaufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Erschließungsplanung für Teilbereiche der Flurnummer 1165 und 1175 Gemarkung Linden oder die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Lochen Nr. 1 „Lochen I“. Die Entscheidung ob eine Änderung des bestehenden Bebauungsplans oder eine Neuaufstellung eines Bebauungsplans das richtige Bauleitverfahren ist, müsste noch mit den übergeordneten Behörden abgesprochen werden.

Antrag Flächennutzungsplan

Beantragt wird die Änderung des Flächennutzungsplans für Teilbereiche der Flurnummer 1165 und 1175 Gemarkung Linden. Derzeit setzt der gültige Flächennutzungsplan eine Fläche der Landwirtschaft fest. Um den bestehenden Bebauungsplan ändern zu können oder auch eine Neuaufstellung durchzuführen muss der Flächennutzungsplan geändert und ein Gewerbegebiet, mindestens jedoch ein Mischgebiet, festgesetzt werden. Die Änderung des Flächennutzungsplans kann im Parallelverfahren zum Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden. Eine Flächennutzungsplanänderung bedarf

der Genehmigung durch die übergeordnete Behörde, die Genehmigungsfähigkeit muss noch mit der übergeordneten Behörde abgesprochen werden.

Die Anträge werden dem Gemeinderat, vor Abklärung mit den übergeordneten Behörden zur Beratung vorgelegt, um vorab zu klären ob die Gemeinde Dietramszell das Vorhaben unterstützt und in ein Bauleitverfahren einsteigen möchte.

Diskussionsverlauf:

- Auf Nachfrage von MGR X. Huber und M. Häsch erklärt der Antragsteller: Auf dem Grundstück soll eine Lagerhalle von ca. 40 m x 20 m errichtet werden. Die restliche Fläche wird zum Rangieren, als Ausgleichsfläche, Ortseingrünung und für die Oberflächenentwässerung benötigt. In der Halle sollen Lagerflächen und ein Schulungsraum entstehen.
- MGR Häsch bittet darum, dass BGM Hauser Gespräche mit den westlich angrenzenden Grundstückseigentümern aufnimmt, ob sie ebenfalls Interesse an einer Baulandentwicklung haben.
- MGR Bachmeier bittet um Klärung, ob durch die Änderung des Bebauungsplanes auch für den Eigentümer der Fl.Nr. 1178/1 Baurecht entsteht.

Beschluss 1:

1. Die Gemeinde Dietramszell hat Kenntnis von den Anträgen von Herrn Thomas und Frau Anette Kreitmaier und beschließt in ein Bauleitverfahren zur Betriebserweiterung der Firma Haus- & Energietechnik Thomas Kreitmair GmbH auf Teilbereiche der Fl.-Nr. 1165 und 1175 Gem. Linden einzusteigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit den übergeordneten Behörden die Genehmigungsfähigkeit einer Flächennutzungsplanänderung abzuklären und ob eine Neuauflistung oder eine Änderung des Bebauungsplans zielführend ist. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

10.	Annahme von Spenden 2023 (3)
-----	------------------------------

Sachverhalt:

Bei der Annahme von Spenden ist die Transparenz von Spendengebern und Spendenehmern besonders wichtig. Gemäß den Handlungsempfehlungen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern muss der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss die Annahme der Spende erklären. Die gesamte Spendenliste wird am Ende des Jahres an die Rechtsaufsichtsbehörde weitergeleitet.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der nachstehend aufgelisteten Spenden (380 €) an die Gemeinde Dietramszell für den bezeichneten Zweck zu.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

11.	Antworten zu Fragen aus dem Gremium
------------	-------------------------------------

Sachverhalt:

Keine Punkte.

12.	Sonstiges
------------	-----------

Sachverhalt:

MGR Prömmer erkundigt sich nach dem Anmeldeverfahren für den Glasfaserausbau, welcher im letzten Gemeindeblatt thematisiert wurde. BGM Hauser erläutert, dass die Anmeldung nur für die konkret genannten Adressen erforderlich ist, weil hier im Zuge der Leitungsverlegung auch ein Hausanschluss geschaffen werden kann. Damit es zukünftig nicht wieder zu Missverständnissen kommt, wird die Verwaltung das nächste Mal die betroffenen Eigentümer direkt anschreiben.

Josef Hauser
Erster Bürgermeister

Katharina Laß
Schriftführung